

STADT BERN Die Betreiber des Berner Seilparks haben ihr umstrittenes Ausbaugesuch zurückgezogen – allerdings nur, um es zu überarbeiten. Seite 16

BERN

KÖNIZ Zusammen mit einem privaten Unternehmen bietet die Gemeinde Köniz zehn neue Beschäftigungsplätze im Textilbereich an. Seite 19

Politiker entdecken ihre Vaterrolle

Für exponierte Exekutivpolitiker ist es schwierig, den **Spagat** zwischen Amt und Vaterpflichtungen zu schaffen

Barack Obama bringt Job und Familie offenbar aneinander vorbei. Der Berner Finanzdirektor und der Zürcher Stadtpräsident entscheiden sich hingegen zum Rücktritt, um sich mehr um ihre Kinder kümmern zu können. Wie Politiker mit dem Dilemma der neuen Väter umgehen.

RETO WISSMANN

Selbst der mächtigste Mann der Welt kann als Mustervater gelten. Wenn Barack Obama einen Tag in Paris lieber mit seinen Töchtern als mit Nicolas Sarkozy verbringt, nimmt ihm das niemand krumm. Im Gegenteil: Einem Mann, der Karriere macht und dennoch den Ansprüchen an heutige Väter gerecht wird, dem fliegen die Herzen zu. Und Obama wirkt dabei sogar glaubwürdig, von Polit-Marketing spricht kaum jemand.

Den Spagat zwischen einem exponierten politischen Amt und der Familie meistern aber nicht alle Väter so virtuos. Hierzulande sorgte Elmar Ledergerber (sp) für Aufsehen, als er im Frühling als Stadtpräsident von Zürich zurücktrat, um sich mehr um seinen 16-jährigen Sohn zu kümmern. Im Kanton Bern fällt Finanzdirektor Urs Gasche (bdp) in den Sommerferien den gleichen Entscheid: Um mehr für seine Kinder da zu sein, lässt er seine Partei im Regen stehen und tritt Ende Mai zurück. Er wolle am Heranwachsen seiner Kinder aus zweiter Ehe «etwas mehr Anteil haben als bei der ersten Generation».

Einen anderen Weg geht Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher (sp): Nach zähem Ringen mit sich selbst kandidiert er erneut und ermöglicht es damit überhaupt, dass die rot-grüne Mehrheit im Amt bleibt. Der Preis dafür sei, so Rickenbacher, «dass ich in meiner Familie nicht jene Rolle spielen kann, die ich mir eigentlich wünsche».

Kinder als «salonfähige Ausrede»

«Es ist grundsätzlich positiv, wenn sich prominente Politiker öffentlich Gedanken über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf machen», sagt der Burgdorfer Andreas Borter, Vorstandsmitglied von männer.ch, dem Dachverband der Schweizer Männer- und Väterorganisationen. Erleibt aber skeptisch: «Kinder sind unterdessen eine salonfähige Ausrede, um von einem Amt zurückzutreten. Es macht sich



GASCHE, RICKENBACHER, NAUSE

Papi macht Pause beim Regieren

Um den Ansprüchen ihrer Klientel gerecht zu werden, müssen sie jeden Abend und auch am Wochenende irgendwo auftreten. Doch für Urs Gasche (bdp), Andreas Rickenbacher (sp) und Reto Nause (cvp) gehen die Kinder manchmal vor.

«Ein Regierungsamt und kleine Kinder lassen sich durchaus vereinbaren», sagen der kantonale Finanzdirektor, der Volkswirtschaftsdirektor sowie der Stadtberner Sicherheitsdirektor unisono. Doch einfach sei das nicht. Die drei Exekutivpolitiker erzählen von ihrem Alltag als Väter:

Finanzdirektor **Urs Gasche (54)** hat Anfang August entschieden, nach acht Jahren als Regierungsrat nicht mehr zu kandidieren. Er hat zwei erwachsene Kinder aus erster und ein neunjähriges Mädchen und einen siebenjährigen Buben

aus zweiter Ehe: «Manchmal habe ich meine Kinder am Sonntagabend ins Bett gebracht, und dann haben sie mich bis am nächsten Freitag nicht mehr gesehen. Dass ich drei bis vier Abende pro Woche weg bin, ist durchaus die Regel. Als die Kinder noch nicht zur Schule gingen, kamen sie mit meiner Frau manchmal zum Mittagessen zu mir ins Büro. Am Wochenende habe ich als Finanzdirektor unterdurchschnittlich viele repräsentative Termine – und manchmal nimmt mir sogar Regierungsratskollege Hans-Jürg Käser, der keine Kinder hat, einen Termin ab. Auch die Ferienzeit ist ziemlich ruhig. In den letzten Jahren haben wir es immer geschafft, fünf bis sechs Wochen pro Jahr gemeinsam Ferien zu machen. Insgesamt ist man in diesem Amt aber sehr stark fremdbestimmt. Eine gewisse Zeit lang kann man das machen. Die Partnerin muss aber wohl dahinter stehen und einem den Rücken frei halten können.»

Andreas Rickenbacher (41) ist seit gut drei Jahren Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Bern. Seine ältere Tochter ist vierjährig, die jüngere wird im November zwei. Anfang August hat er sich entschieden, für eine zweite Amtszeit zu kandidieren: «Ich versuche, unter der Woche mindestens einmal nach Hause zu kommen, wenn meine Töchter noch wach sind. Und den Sonntag halte ich mir nach Möglichkeit ebenfalls frei. Manchmal muss ich mit mir selber hart sein und auch interessante Termine absagen. Um Familie und Regierungsamt zu vereinbaren, muss man Kompromisse eingehen und Prioritäten setzen. Entscheidend ist auch, dass meine Frau bereit ist, die Belastung mitzutragen und eigene Ziele zurückzustecken. Manchmal habe ich tatsächlich Angst, wichtige Momente im Leben meiner Töchter zu verpassen. Meine Frau und ich haben aber dennoch das Gefühl, das Mass der Belastung sei er-

träglich. Sonst hätte ich mich gegen eine erneute Kandidatur entschieden. Eine intakte Familie ist mir wichtiger als das Mandat.»

Der Stadtberner Sicherheitsdirektor **Reto Nause (38)** ist Ende Juli Vater eines Sohnes geworden: «Es ist eine riesige Belastung, ein exponiertes Exekutivamt mit kleinen Kindern zu vereinbaren. Was man dazu braucht, ist sicher eine starke Frau an der Seite. Wenn mein Sohn um vier Uhr morgens schreit, stehe ich auf und kümmere mich um ihn. Ich gehe dann früh ins Büro und mache dafür zwei Stunden Mittagspause zu Hause. Am Abend nehme ich jetzt weniger Termine wahr, aber einige Abendverpflichtungen pro Woche sind einfach zwingend. Die Zeit mit unserem Kind ist Faszination pur. Die Chance, das zu erleben, habe ich nur ein oder zwei Mal im Leben. Ich will nicht in 20 Jahren merken, dass ich von der Entwicklung meines Sohnes fast nichts mitbekommen habe.» (rw)

gut, wenn Politiker angeben, sich mehr um ihre Kinder kümmern zu wollen.» Grundsätzlich sei dies aber noch kein Tatbeweis für eine geschlechterbewusste politische Haltung. Zum Beispiel im Rahmen des Vätertags zu väterpolitischen Themen Stellung zu nehmen, falle vielen Politikern immer noch fast so schwer wie ein Coming-out.

Auch Barbara Ruf, Gleichstellungsbeauftragte des Kantons, findet es positiv, wenn prominente Politiker ihr Dilemma zum Ausdruck bringen. Sie zweifelt aber daran, dass sie durch einen Rücktritt plötzlich zu Vorzeigevätern werden. Und sie bedauert, dass es für viele Politiker nach wie vor undenkbar ist, den Job mit einem reduzierten Pensum zu machen. «Regierungsräte und Stadtpräsidenten sind aber natürlich Extrembeispiele», sagt Ruf, «wir wären schon froh, wenn in normalen Kaderpositionen mehr Teilzeitarbeit möglich wäre.»

Jobsharing im Regierungsrat?

Die Idee eines Jobsharings wurde von Regierungsrätinnen vor Jahren bereits einmal aufgeworfen – jedoch nicht weiterverfolgt. Wenn sich nun aber nach den Müttern zunehmend auch noch die Väter mit kleinen Kindern aus politischen Spitzenämtern verabschieden, fehlt ein wichtiges Bevölkerungssegment bald ganz in den Exekutiven. Darüber wäre kaum jemand glücklich: «Es ist wichtig, dass Leute mit verschiedenen Erfahrungshorizonten – auch solche mit kleinen Kindern – in den Regierungen sitzen», sagt Andreas Rickenbacher.

Doch wären Karrierepolitiker überhaupt bereit, ihr Pensum zu reduzieren und einen Teil der Familienarbeit zu übernehmen? Rickenbacher hält Teilzeitarbeit in seiner Position jedenfalls für «praktisch ausgeschlossen». Und auch Urs Gasche will nach dem Rücktritt nicht Hausmann werden: «Ich möchte nur nicht mehr 150 Prozent arbeiten.»

Schliesslich ist auch fraglich, wie viel Vater ein Politiker in den Augen der Gesellschaft sein darf. Regierungsratsprecher Christian Kräuchi zeigt sich zwar überzeugt, dass die Akzeptanz gegenüber den Bedürfnissen der neuen Väter gestiegen ist: «Heute werden bei Regierungsräten zwei Arten von Entschuldigungen problemlos akzeptiert: Krankheit und Familie.» Reto Nause, Stadtberner Sicherheitsdirektor und seit Ende Juli ebenfalls Vater, ist jedoch skeptisch: «Das Verständnis ist oft nur vordergründig. Die Enttäuschung über eine zurückgewiesene Einladung überwiegt meist.»

Bärenpark: Auch Planer sollen vor den Richter

Die Stadtbauten Bern (Stabe) wollen nicht nur die Geologen, sondern auch die **Bauingenieure** für die Mehrkosten des Bärenparks zur Kasse bitten

Die Stabe werfen den Planern des Bärenparks vor, sie hätten auf dem geologischen Zusatzgutachten beharren sollen.

BERNHARD OTT

Wer ist für die geologisch bedingten Mehrkosten des Bärenparks in der Höhe von 2,8 Millionen Franken verantwortlich? Für die Stadtbauten Bern (Stabe) als Bauherrin ist der Fall klar: «Bei den Geologen liegt ein Verschulden vor und das Planerteam ist mitbeteiligt», sagt Stabedirektor Rudolf Lanzrein. Dem Geologenbüro Kellerhals + Haefeli

wirft der stadteigene Betrieb vor, die schwierigen Verhältnisse im Baugrund des Bärenparks nicht erkannt zu haben. Die Geologen stellen sich auf den Vorwürfen gegen das Ingenieurbüro WAM Partner und die Landschaftsarchitekten Klötzli + Friedli nicht äussern. Dem Vernehm nach hätten die Planer jedoch intervenieren sollen, als die Stabe

wirft der stadteigene Betrieb vor, die schwierigen Verhältnisse im Baugrund des Bärenparks nicht erkannt zu haben. Die Geologen stellen sich auf den Vorwürfen gegen das Ingenieurbüro WAM Partner und die Landschaftsarchitekten Klötzli + Friedli nicht äussern. Dem Vernehm nach hätten die Planer jedoch intervenieren sollen, als die Stabe

auf die Sondierbohrungen verzichteten. «Man wirft uns vor, dass wir das geologische Zusatzgutachten nicht eingefordert haben», sagt eine gut unterrichtete Quelle.

Aussöhnungstermin fraglich

Die Stabe hatten sowohl dem Geologenbüro als auch der Planergemeinschaft einen richterlichen Aussöhnungstermin vorgeschlagen und die Parteien bis dahin zu Stillschweigen verpflichtet. Den Geologen von Kellerhals + Haefeli ist jedoch der Kragen geplatzt. Sie lehnen mittlerweile jede Haftung ab und haben den Termin vom November bereits abgesagt (siehe

«Bund» vom letzten Freitag). Die Planergemeinschaft hat den Termin bisher noch nicht abgesagt. Ob der richterliche Aussöhnungsversuch mit bloss zwei von drei beteiligten Parteien stattfindet, kann Lanzrein nicht sagen. «Ich weiss es nicht. Ich bin nicht Jurist.»

Versicherung zahlt nur bei Urteil

Die Chancen sind jedoch gross, dass es zwischen Stabe und der Planergemeinschaft zum Prozess kommen wird. Welcher juristische Tatbestand geltend gemacht werden soll, kann Lanzrein nicht sagen. Ohne eine richterliche Festlegung des Verschuldens übernehmen die

Versicherungen aber keinen Schaden. «Wir fordern eine adäquate Verteilung der Kosten», sagt Lanzrein. Dies dürfte in den Augen von Stabe wohl darauf hinauslaufen, dass sich das Geologenbüro und die Planergemeinschaft in die 2,8 Millionen Franken teilen sollen.

«Geologen machten einen Wirbel»

Weder beim Bauingenieurbüro WAM Partner noch bei den Landschaftsarchitekten Klötzli + Friedli wollte man zu den Vorwürfen Stellung nehmen. Auch der Anwalt der Planergemeinschaft war für den «Bund» nicht erreichbar. Lanzrein sagt, es sei seit jeher bekannt gewe-

sen, dass auch die Planer zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Von offizieller Seite her wurde bis anhin aber einzig das Geologenbüro erwähnt. «Die Geologen haben halt als Einzige einen Wirbel verursacht», sagt Lanzrein.

Trotz der drohenden juristischen Auseinandersetzung hält die Stadt nach wie vor am Bärenpark-Eröffnungstermin vom 25. Oktober fest. Das einst auf 9,7 Millionen veranschlagte Vorhaben kostet nun 14,5 Millionen Franken. Nach wie vor fehlen 2 Millionen Franken. Wenn der juristische Weg nichts bringt, müssen sie durch Spendengelder aufgetrieben werden.